

**Revision der ZStV im Hinblick auf das Inkrafttreten des PartG ;  
Auswertung der schriftlichen Anhörung nach Art. 10 VIG**

**Révision de l'OEC en vue de l'entrée en vigueur de la LPart ;  
évaluation de l'audition écrite au sens de l'art. 10 LCo**

**Revisione dell'OSC in vista dell'entrata in vigore della LUD ;  
valutazione dell'indagine conoscitiva ai sensi dell'art. 10 LCo**

	<b>Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali</b>
<b>AR</b>	Ich bedanke mich für die Einladung zur Stellungnahme zur <b>Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung</b> im Hinblick auf das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (PartG). Die Revisionsvorlage scheint mir in allen Punkten nachvollziehbar und sinnvoll, sodass ich auf weitergehende Ausführungen verzichte
<b>BE</b>	Die im Revisionsentwurf enthaltenen Bestimmungen stossen bei uns auf Zustimmung und wir haben keine Begehren materieller Art. Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.
<b>FR</b>	De manière générale, nous pouvons nous rallier au projet mis en consultation. Celui-ci appelle toutefois de notre part les remarques suivantes
<b>GE</b>	Après examen du dossier avec la Direction cantonale de l'état civil, mon département - en sa qualité d'autorité de surveillance de l'état civil - est présentement en mesure de vous faire part de sa détermination. D'une manière générale, mon département relève que les prescriptions relatives à l'enregistrement des partenariats ont été calquées sur celles prévues pour la célébration des mariages et qu'elles sont conformes à loi fédérale. Mon département n'a par conséquent pas de proposition de modification à formuler, sous réserve d'une précision concernant l'article 96.
<b>GL</b>	Wir haben zum Entwurf für die Revision der Zivilstandsverordnung keine Einwendungen anzubringen.

**Revision der ZStV (PartG) / Révision de l'OEC (LPart) / Revisione dell'OSC (LUD)**Auswertung der schriftlichen Anhörung / *évaluation de l'audition écrite* / valutazione dell'indagine conoscitiva

<b>GR</b>	Im Wesentlichen sind wir mit dem vorliegenden Entwurf zur Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung einverstanden. In der vorliegenden Revision wird die ZStV an das am 1. Januar 2007 vollständig in Kraft tretende Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) angepasst. Insofern ergeben sich keine Bemerkungen in materieller Hinsicht. In formeller Hinsicht erlauben wir uns, Sie darauf hinzuweisen, dass die Verwendung des Begriffs "Beurkundung" in Bezug auf die eingetragene Partnerschaft missverständlich sein kann. Die im Rahmen der eingetragenen Partnerschaft erfolgte Begriffsverwendung entspricht nicht der Definition des Begriffs "Beurkundung" gemäss der ZStV (2. und 3. Kapitel). In der ZStV werden unter der "Beurkundung" das elektronische Erfassen von Personenstandsdaten und die Funktion des Abschliessens im Infostar verstanden. In der vorliegenden Revision der ZStV wird der Begriff der "Beurkundung" neu bei der Begründung einer eingetragenen Partnerschaft verwendet. Obwohl diese Begriffsverwendung Art. 7 PartG entspricht, erscheint es angebracht zu sein, im Einzelfall abzuklären, ob nicht eine andere Formulierung möglich wäre. Im Übrigen wird im vorliegenden Entwurf verschiedentlich für die Begründungshandlung einer eingetragenen Partnerschaft die Formulierung der "Beurkundung einer Partnerschaft" und diejenige der "Eintragung einer Partnerschaft" verwendet. Eine klare Begriffstrennung und eine einheitliche Begriffsverwendung wären auch aus diesem Grund wünschenswert.
<b>LU</b>	Die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons Luzern ist mit dem Entwurf einverstanden. Die Bestimmungen über die eingetragene Partnerschaft lehnen sich mit wenigen Ausnahmen an das Eheschliessungsrecht an, was wir als sinnvoll erachten.
<b>NE</b>	Après examen du dossier constitué en vue de la révision de l'OEC en vue de l'entrée en vigueur de la LPart, je t'informe que nous n'avons pas de remarques particulières à formuler.
<b>NW</b>	Die Bestimmungen über die eingetragene Partnerschaft lehnen sich weitgehend an diejenigen des Eheschliessungsrechts an. Dies erachten wir als sinnvoll und teilen Ihnen daher mit, dass die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons Nidwalden mit dem Entwurf ohne Änderung einverstanden ist.
<b>SG</b>	Aus unserer Sicht sind in materieller Hinsicht aber keine Bemerkungen anzubringen.
<b>SH</b>	Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir dazu keine Bemerkungen haben.
<b>SZ</b>	Nach Rücksprache mit unseren schwyzerischen Zivilstandsämtern teilen wir Ihnen mit, dass wir keine Änderungsvorschläge zum Revisionsentwurf einzubringen haben. Als schwer verständlich und ungleich fristenfreundlicher behandelt gegenüber der Ehe wird aber empfunden, dass die Partnerschaft sofort nach Abschluss des Vorverfahrens beurkundet und eingetragen werden kann. Diese Divergenz zum Eheschliessungsverfahren erscheint nicht nachvollziehbar, umso mehr als der Gesetzgeber im Kerngedanken von einer Angleichung zwischen Ehe und Partnerschaft ausgeht. Inwieweit überhaupt an der Wartezeit bei Eheschliessungen festgehalten werden soll, ist damit überdies in Frage zu stellen. Einer Gleichstellung sollte Rechnung getragen werden.
<b>UR</b>	Die Bestimmungen über die eingetragene Partnerschaft lehnen sich weitgehend an diejenigen des Eheschliessungsrechts an. Dies erachten wir als sinnvoll und wir teilen Ihnen daher mit, dass die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons Uri mit dem Entwurf ohne Änderung einverstanden ist.

<b>VD</b>	D'une manière générale, la réglementation proposée est bien acceptée et donne satisfaction. Elle confère aux cantons une certaine marge de manoeuvre en leur permettant de tenir compte des usages et des spécificités locales propres. Ainsi, à titre d'exemple, la solution fédérale préconisée à l'article 75 i laisse aux cantons la liberté de définir le lieu dans lequel le partenariat entre personne de même sexe doit être enregistré dans la mesure où ce lieu doit correspondre à un "local approprié" situé dans l'arrondissement de l'état civil choisi par les partenaires.
<b>VS</b>	Comme nous avons déjà pu l'affirmer précédemment, nous estimons regrettable que la LPart soit pratiquement un copier-coller des dispositions sur le mariage. Le fait que nous allons devoir ordonner la transcription d'adoptions par des personnes liées par un partenariat enregistré et prononcées à l'étranger renforce d'autant notre sentiment de similitude avec le mariage. Par contre, nous sommes satisfaits de constater qu'il n'y aura pas d'échange de consentements lors de l'enregistrement d'un partenariat qui ne sera conclu que par les signatures des partenaires.
<b>ZG</b>	Der vorliegenden Entwurf entspricht grundsätzlich unseren Vorstellungen. Wir begrüßen es auch, dass sich das Verfahren demjenigen der Ehevorbereitung anlehnt.
<b>ZH</b>	Grundsätzlich können wir uns mit den Vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklären, erlauben uns jedoch den Hinweis darauf, dass für die frei Wahl des Ortes für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft eine gesetzliche Grundlage im PartG fehlt, bzw. im Vorfeld der Abstimmung die ausschliessliche Registrierung am Wohnort der Partner ausdrücklich als eine der Differenzen zum Eheschliessungsrecht genannt wurde (siehe Medienmitteilung 2005 Presserohstoff des EJPD, „Ehe und eingetragene Partnerschaft: Unterschiede und Gemeinsamkeiten“). Es ist begrüßenswert, dass in der neuen Zivilstandsverordnung sämtliche Zivilstandsstatu aufgelistet werden.
<b>KAZ / CEC</b>	Die im Revisionsentwurf enthaltenen Bestimmungen stossen bei uns auf Zustimmung und wir haben keine Begehren materieller Art. Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.
<b>CH V / Ass. CH</b>	Der Entwurf ist unseres Erachtens sehr gut gelungen. Wir schätzen es, dass sich das Verfahren zur Beurkundung der eingetragenen Partnerschaften an das Ehevorbereitungsverfahren anlehnt.
	<b>Präambel / Préambule / Preambolo</b>
	-----

	<b>Art. 5 Abs. 1 Bst. c / Art. 5, al. 1, let. c / Art. 5 cpv. 1 lett. c</b>
	-----
	<b>Art. 7 Abs. 2 Bst. p, q, und r / Art. 7, al. 2, let. p,q et r / Art. 7 cpv. 2 lett. p-r</b>
	-----
	<b>Art. 8 Bst. f Ziff. 1 und Bst. o Ziff. 1 / Art. 8, let. f, ch. 1, let. o ch 1 / Art. 8 lett. f n. 1 e lett. o n. 1</b>
<b>AG</b>	Es ist nicht einzusehen, weshalb bei der Ehe zwischen gerichtlicher Auflösung durch Scheidung und gerichtlicher Auflösung durch Ungültigerklärung differenziert wird und bei der eingetragenen Partnerschaft diese Differenzierung unterbleibt. Es ist weiter nicht einzusehen, weshalb bei der Ehe die Auflösung durch Verschollenerklärung genau gleich wie die Auflösung durch Ungültigerklärung mit "unverheiratet" bezeichnet wird und bei der eingetragenen Partnerschaft die Auflösung durch Verschollenerklärung speziell hervorgehoben wird. Wir beantragen, es seien die Begriffe zu harmonisieren.
<b>ZH</b>	Es ist begrüssenswert, dass in der neuen Zivilstandsverordnung sämtliche Zivilstandsstati aufgelistet werden.
<b>CH V / Ass. CH</b>	Wir möchten hier nur auf das Pendant zu „unverheiratet“ (ungültig geschlossene Partnerschaft z.B. „Bigamie“) hinweisen, welches in der Revision keine Erwähnung gefunden hat.
	<b>Art. 16 Abs. 6 / Art. 16, al. 6 / Art. 16 cpv. 6</b>
	-----

	<b>Art. 21 Sachüberschrift und Abs. 1bis / Art. 21, titre, al. 1bis / Art. 21 titolo e cpv. 1bis</b>
FR	<p>1. La solution retenue pour le lieu de l'enregistrement des partenariats nous satisfait. En effet, il nous semble pertinent de parler de « local approprié » et de ne pas avoir prévu que ces enregistrements aient lieu dans les salles de mariage. Cette distinction de lieux permet de clairement poser qu'il s'agit de deux institutions différentes et évite les confusions inutiles. Considérer que nous sommes en présences de deux institutions différentes a d'ailleurs été un des arguments qui a été constamment mis en exergue lors du débat politique et de la campagne en vue de la votation. La solution retenue est donc pertinente.</p> <p>2. Pour des raisons d'organisation, nous pensons qu'il serait toutefois utile de laisser la porte ouverte à des regroupements de ces « locaux appropriés » respectivement de laisser la porte ouverte à ce que des cantons puissent désigner un arrondissement compétent pour enregistrer les partenariats sur l'ensemble de leur territoire cantonal. Pour ce motif, nous proposons de formuler deux dispositions du projet de la manière suivante :</p> <p><i>Art. 21</i>  <sup>1bis</sup> <i>Les partenariats sont registrés dans l'arrondissement de l'état civil où ils ont été conclus. Toutefois, les cantons peuvent désigner un arrondissement de l'état civil compétent pour l'enregistrement des partenariats sur l'ensemble de leur territoire cantonal.</i></p> <p><i>Art. 75i</i>  <sup>1</sup> <i>Les mesures d'organisation des cantons sont réservées (art. 21).</i></p>
GR	<p><b>Art. 21 Abs. 1<sup>bis</sup></b>          Diese Formulierung ist insofern missverständlich, als die Beurkundung im Sinne der ZStV erst nach der Begründung der eingetragenen Partnerschaft erfolgt.</p>
ZA Vorderprätigau GR	<p>Der Text von Abs. 1bis sollte dem Text des bisherigen Abs. 1 angeglichen werden.          Abs. 1bis: „Die Eintragung einer Partnerschaft wird im Zivilstandskreis <b>beurkundet</b>, in dem <b>die Erklärung abgegeben</b> wurde“</p>

	<b>Art. 23</b>
ZH	Es fehlt eine (positive) Zuständigkeitsregelung für die Anerkennung von ausländischen Urkunden, wenn alle Beteiligten Ausländer sind. Ohne eine solche Regelung könnten sich negative Kompetenzkonflikte ergeben. Mögliche Konflikte: Wohnort eines der Beteiligten (gemäss Kommentar IPRG); Ereigniskanton, in welchem ein neues Ereignis oder eine Amtshandlung zu beurkunden ist (D 20) .
	<b>Art. 40 Abs. 1 Bst. l und m / Art. 40, al. 1, let. l et m / Art. 40 cpv. 1 lett. l-m</b>
	<b>Art. 51 Sachüberschrift, Einleitungssatz und Bst. c / Art. 51, titre, corps et let. c / Art. 51 titolo, periodo introduttivo e lett. c</b>
CH V / Ass. CH	<p><b>Art. 51</b>  ... meldet dem Bundesamt für Migration ....</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>c. Trauungen</li> <li>d. Eingetragene Partnerschaften</li> </ul> <p><b>Begründung:</b>  Diese zwei Ausdrücke getrennt auführen. Damit wird klarer ausgewiesen, dass doch ein Unterschied zwischen dem Institut Ehe und der eingetragenen Partnerschaft besteht.</p>
	<b>Art. 54</b>
CH V / Ass. CH	<p><b>Hinweis Staatsverträge:</b>  Der Artikel 54 Abs. 1 befasst sich mit den Meldungen an ausländische Behörden, welche mit Staatsverträgen geregelt sind. Wir erlauben uns in diesem Zusammenhang den Hinweis auf die Eingetragene Partnerschaft.</p>

	<b>Art. 57 Abs. 1 und 2 Bst. d / Art. 57, al. 1, al. 2 let. d / Art. 57 cpv. 1 e cpv. 2 lett. d</b>
ZH	<b>Art. 57 Abs. 1 und 2</b> eine Publikation von Zivilstandsfällen scheint nicht mehr zeitgemäss, weshalb wir beantragen, den gesamten Artikel zu streichen.
CH V / Ass. CH	<b>Art. 57 Abs. 1 und 2 Bst. d</b> Wir vertreten wie in früheren Stellungnahmen die Auffassung, dass auf Publikationen verzichtet werden sollte. Die Verordnungsrevision böte die Möglichkeit, mit diesen nicht mehr zeitgemässen Veröffentlichungen aufzuhören. <b>Wir beantragen die Streichung von Art. 57.</b>
	<b>Art. 62 Abs. 3 / Art. 62, al. 3 / Art. 62 cpv. 3</b>
	-----
	<b>Art. 63</b>
TI	<b>Art. 75b, cpv. 2</b> Già nell'ambito delle procedure preparatorie al matrimonio (art. 63 OSC) la formulazione "soggiornanti all'estero" ha creato inutili discussioni e malintesi. Con l'entrata in vigore, il 1. gennaio 2000, della nuova procedura preparatoria al matrimonio, è stato introdotto un coinvolgimento decisionale diretto dell'ufficiale dello stato civile che prepara il matrimonio; ciò implica di principio una presenza fisica diretta dei fidanzati innanzi all'ufficiale dello stato civile che assume le decisioni sull'avanzamento della procedura preparatoria. Così non è ad esempio ammesso che lo studente universitario domiciliato in Ticino, ma residente in settimana oltralpe per motivi di studio, sottoscriva il modulo 35 innanzi all'ufficiale dello stato civile del suo luogo di soggiorno. Troviamo quindi una disparità nell'ammettere che chi soggiorna all'estero senza un vincolo di residenza di una certa intensità, possa pretendere di sottoscrivere i moduli di una procedura preparatoria al matrimonio o in vista di un'unione domestica registrata all'estero. Proponiamo quindi di sostituire il termine "soggiornanti all'estero" con "dimoranti abitualmente all'estero". Analoga modifica dovrebbe essere apportata all'art. 63, cfr. 2.

VD	<p>S'agissant des dispositions prévues au sujet du partenariat enregistré, nous voudrions essentiellement mettre l'accent sur la procédure préliminaire qui est prévue pour le <b>dépôt de la demande de partenariat enregistré (art. 75 b OEC nouveau)</b>, dans le sens où cette disposition doit être complétée.</p> <p>En effet, la procédure suivie à l'article 75 b de l'ordonnance de l'état civil est similaire à celle prévue actuellement à l'article 63 OEC pour le dépôt de la procédure préparatoire de mariage. L'article 75 b al. 2 OEC rappelle que les formalités en vue de l'enregistrement "peuvent" être effectuées par l'intermédiaire de la représentation suisse compétente, en cas de résidence à l'étranger.</p> <p>Or, on constate que l'article 63 al. 2 OEC ne donne pas vraiment satisfaction dans le cadre des formalités de mariage, car cette disposition n'a pas de caractère obligatoire et laisse aux fiancés étrangers qui sont domiciliés à l'étranger la possibilité de déposer une demande de mariage directement en Suisse, et ce même si ces derniers vivent en Suisse comme clandestins et/ou sont sans statut légal en Suisse (par exemple, parce qu'ils ne disposent pas de titre de séjour ou de visa d'entrée valables).</p> <p>Dans leur pratique quotidienne, les officiers de l'état civil de notre canton ainsi que l'autorité de surveillance ont constaté que les formalités de mariage concernent de plus en plus de fiancés étrangers vivant en Suisse en séjour illégal. Compte tenu des expériences faites dans ces dossiers mettant en cause ces ressortissants étrangers sans statut légal, on peut déjà prévoir que, avec l'introduction de la loi fédérale sur le partenariat enregistré, les procédures préliminaires de partenariat enregistré vont se multiplier avec également des partenaires sans titre de séjour ou en séjour illégal. De ce point de vue, les procédures préliminaires de partenariat enregistré ouvertes en Suisse dès l'année prochaine vont compliquer la tâche des officiers de l'état civil et leur poser de grandes difficultés dans leur activité quotidienne.</p> <p>Dans le cadre des formalités de mariages, un refus d'entrer en matière fondé sur l'article 2 al. 2 du Code civil suisse serait possible dans un très grand nombre de cas où des fiancés étrangers en séjour irrégulier et sans statut légal entreprennent des formalités de mariage dans notre pays. Les officiers de l'état civil ont l'occasion d'observer fréquemment lors des formalités de mariage des couples qui n'ont pas de véritable intention, objective et subjective, de former une union conjugale. Ils sont unanimes à faire état de ces situations et ce qui leur semble le plus choquant réside dans l'impossibilité de réagir contre les abus du droit au mariage, en raison de l'absence de base légale suffisante, alors que les abus sont clairement identifiés par eux lors de la procédure préparatoire.</p> <p>Ainsi, selon les constatations qu'ils rapportent, des faits avérés ainsi que des éléments concrets, objectifs et subjectifs, d'abus au droit au mariage sont très souvent établis lors des entretiens qui ont lieu au cours des procédures préparatoires de mariage. Parmi les éléments que les officiers constatent comme étant des faits concrets constitutifs d'abus au droit du mariage, on peut notamment citer l'impossibilité pour les fiancés de communiquer entre eux (pas de langue commune ou absence de compréhension réciproque), la présence de l'un des fiancés en séjour illégal ou irrégulier, la (très) grande différence d'âge, les déclarations contradictoires des fiancés sur la manière de se rencontrer ou encore sur le vécu de leur partenaire, l'obtention d'avantages particuliers ou de somme d'argent en échange du mariage, l'appartenance de l'un des fiancés à un groupe social</p>
----	--

marginal (alcoolisme, toxicomanie, prostitution, etc.), les contraintes ou pressions subies par l'un des fiancés en raison de son jeune âge ou d'un état de dépendance, etc. Toutefois, dans l'état de la législation actuelle, compte tenu de la difficulté de rapporter la preuve d'un abus de droit au sens de l'art. 2 al. 2 CC, les officiers de l'état civil renoncent systématiquement à utiliser cette disposition et procèdent tout de même à la célébration de tels mariages, quand bien même de forts indices leur laissent soupçonner qu'il s'agit de mariages douteux et de complaisance.

Le cercle des personnes abusant du droit du mariage a aussi pu être clairement identifié. On constate ainsi que seules certaines catégories de personnes entreprennent régulièrement des formalités de mariage dans le but d'éluider les prescriptions du droit des étrangers en matière d'admission et de séjour. Il s'agit en particulier :

- des fiancés étrangers qui, sans autorisation ni titre de séjour, vivent clandestinement en Suisse et/ou qui ne se sont jamais annoncés aux autorités de police des étrangers;
- des fiancés qui bénéficient d'une tolérance de séjour sur le territoire de notre canton (par exemple, lorsque la demande d'autorisation de séjour est en cours d'examen ou lorsque le renvoi de l'étranger est matériellement impossible, illicite ou inexigible après une décision de refus et de renvoi);
- des fiancés étrangers restés en Suisse à l'échéance de leur visa d'entrée ou malgré un refus d'autorisation de séjour ou une demande d'asile rejetée avec décision de renvoi ou d'expulsion;
- des fiancés étrangers entrés en Suisse en violation d'une interdiction d'entrée (IES) prononcée par l'Office fédéral des migrations;
- des fiancés étrangers entrés en Suisse au mépris d'une mesure d'expulsion judiciaire ferme et exécutoire.

Or, dans ce domaine, la problématique du partenariat enregistré de complaisance est identique à celle des mariages fictifs.

Dès l'année prochaine, avec l'introduction de la loi fédérale sur le partenariat enregistré, les procédures fictives de partenariat enregistré vont inévitablement s'accroître. Il sera en effet moins contraignant, plus simple et plus facile pour une personne - les femmes notamment - de trouver un partenaire fictif du même sexe avec lequel il sera possible de s'établir et de se faire enregistrer par un partenariat plutôt que de trouver un partenaire de sexe opposé en vue de contracter mariage.

Il **apparaît dès lors absolument nécessaire** d'introduire dans l'ordonnance sur l'état civil un nouvel alinéa 3 à l'article 75 b, dont la teneur pourrait être la suivante :

**" 3 Les partenaires étrangers, sans domicile légal en Suisse ou ne disposant pas de titre de séjour ou de visa valables, doivent présenter leur demande par l'entremise de la représentation compétente de la Suisse à l'étranger"**

Le fait d'introduire une telle disposition, qui reste une règle de procédure, ne saurait porter atteinte au droit des partenaires à se faire enregistrer par le biais d'un partenariat, ceux-ci ayant toujours la possibilité pour les partenaires étrangers sans statut en

	<p>Suisse d'entreprendre des formalités depuis leur domicile à l'étranger. Cette règle ne va d'ailleurs pas à l'encontre ou au-delà du cadre légal fixé par la loi sur le partenariat enregistré, ce d'autant plus que les partenaires ne bénéficient pas, comme c'est le cas pour le mariage (art. 14 Cst. Féd.), d'une quelconque protection constitutionnelle.</p> <p>En prévoyant dans l'ordonnance sur l'état civil l'obligation de démontrer la légitimité du séjour en Suisse du partenaire étranger, il sera ainsi possible d'empêcher les personnes séjournant illégalement dans notre pays de se soustraire par le partenariat à l'obligation de quitter le pays alors qu'ils y sont obligés.</p> <p><b>"Mutatis mutandi"</b>, il conviendrait aussi, dans le cadre de la procédure de dépôt de la demande de mariage, de compléter l'article 63 de l'ordonnance sur l'état civil en ajoutant à cette disposition un alinéa 3, qui comporterait une obligation identique à celle préconisée ci-dessus pour le dépôt d'une demande de partenariat enregistré.</p> <p>L'introduction d'une disposition légale de ce type dans l'ordonnance fédérale sur l'état civil faciliterait la tâche des autorités de l'état civil dans la lutte contre les mariages de complaisance, respectivement dans celle contre les partenariats enregistrés fictifs.</p> <p>Dès lors, nous proposons d'introduire ce principe dans la législation fédérale lors de la prochaine révision de l'ordonnance sur l'état civil.</p>
	<b>Art. 64 Abs. 1 Bst. b / Art. 64, al. 1, let. b / Art. 64 cpv. 1 lett. b</b>
	-----
	<b>Art. 65 Abs. 1 Bst. d / Art. 65, al. 1, let. d / Art. 65 cpv. 1 lett. d</b>
	-----
	<b>Art. 66 Abs. 2 Bst. d / Art. 66, al. 2, let. d / Art. 66 cpv. 2 lett. d</b>
	-----
	<b>Art. 70 Abs. 3 / Art. 70, al. 3 / Art. 70 cpv. 3</b>
<b>GR V</b>	Warum wird dieser Art. wieder aufgenommen. Auf die Trauungsermächtigung kann doch verzichtet werden. Das vorbereitende Amt kann doch die Freischaltung in Infostar vornehmen.

<p><b>ZA</b> <b>Vorderprätigau</b> <b>GR</b></p>	<p>Ist es nötig, dass die Verlobten eine schriftliche Trauungsermächtigung vorlegen? – Genügt es nicht, dass das vorbereitende Amt (auf entsprechenden Wunsch oder Antrag der Brautleute selbstverständlich) die Freischaltung des Geschäftsfalles für das die Trauung durchführende Amt vornimmt?</p>
	<p><b>7a Eingetragene Partnerschaft / Villa Partenariat enregistré / 7a Unione domestica registrata</b></p>
<p><b>GR</b></p>	<p>Im Wesentlichen sind wir mit dem vorliegenden Entwurf zur Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung einverstanden. In der vorliegenden Revision wird die ZStV an das am 1. Januar 2007 vollständig in Kraft tretende Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) angepasst. Insofern ergeben sich keine Bemerkungen in materieller Hinsicht. In formeller Hinsicht erlauben wir uns, Sie darauf hinzuweisen, dass die Verwendung des Begriffs "Beurkundung" in Bezug auf die eingetragene Partnerschaft missverständlich sein kann. Die im Rahmen der eingetragenen Partnerschaft erfolgte Begriffsverwendung entspricht nicht der Definition des Begriffs "Beurkundung" gemäss der ZStV (2. und 3. Kapitel). In der ZStV werden unter der "Beurkundung" das elektronische Erfassen von Personenstandsdaten und die Funktion des Abschliessens im Infostar verstanden. In der vorliegenden Revision der ZStV wird der Begriff der "Beurkundung" neu bei der Begründung einer eingetragenen Partnerschaft verwendet. Obwohl diese Begriffsverwendung Art. 7 PartG entspricht, erscheint es angebracht zu sein, im Einzelfall abzuklären, ob nicht eine andere Formulierung möglich wäre. Im Übrigen wird im vorliegenden Entwurf verschiedentlich für die Begründungshandlung einer eingetragenen Partnerschaft die Formulierung der "Beurkundung einer Partnerschaft" und diejenige der "Eintragung einer Partnerschaft" verwendet. Eine klare Begriffstrennung und eine einheitliche Begriffsverwendung wären auch aus diesem Grund wünschenswert.</p>

<p><b>ZA</b> <b>Vorderprätigau</b> <b>GR</b></p>	<p><b>Art 75 a und folgende</b> (betrifft ganzes Kapitel 7a)</p> <p>Art. 75a Abs. 3 ... das Vorverfahren durchführen und <b>die Erklärung entgegennehmen</b>. (statt: die Beurkundung der Partnerschaft vornehmen)</p> <p>Art. 75f Abs. 2 und 3: Ersatz des Begriffes „Beurkundung“ durch „<b>Eintragung</b>“</p> <p>Art. 75g Sachüberschrift: Ersatz des Begriffes „Beurkundung“ durch „<b>Eintragung</b>“</p> <p>Im Text: statt Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft: „<b>Eintragung der Partnerschaft</b>“</p> <p>vor Art. 57i Titel 2. Abschnitt „<b>Eintragung der Partnerschaft</b>“</p> <p>Art. 75i Abs. 1 Die <b>Abgabe der Erklärung</b> findet...</p> <p>Art. 75i Abs. 2 ...die <b>Erklärung</b> in einem andern Lokal <b>entgegennehmen</b></p> <p>Art. 75k Sachüberschrift: Form der <b>Erklärung</b></p> <p>Art. 75k Abs. 1 Die <b>Eintragung</b> der Partnerschaft...“;</p> <p>Art. 75k Abs. 2 Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte <b>nimmt</b> die übereinstimmende Erklärung der beiden Partnerinnen oder Partner <b>entgegen</b>, eine eingetragene ... - Statt „Partnerschaftsurkunde“ = „das vorbereitete Dokument“ (vgl. Art. 71 Abs. 4)</p> <p>Art. 75l Abs. 1 statt <b>Beurkundungshandlung</b> = „<b>Handlung</b>“</p> <p>Art. 75l Abs. 2 ...keine <b>Eintragungen</b>...</p> <p>(...)</p> <p>Im übrigen ist es sicher angebracht, dass in der ZStV die Bestimmungen betr. die eingetragene Partnerschaft in einem separaten Kapitel behandelt werden – analog zu den Bestimmungen über die Eheschliessung.</p>
--	---

	<b>1. Abschnitt: Vorverfahren / Section 1 Procédure préliminaire / Sezione 1: Procedura preliminare</b>
<b>BE</b>	In Kapitel 7a, 1. Abschnitt wird die Vorbereitung der Eintragung als Vorverfahren benannt. Hier sollte eine Angleichung an die Ehevorbereitung gemacht werden. Das Verfahren sollte somit in <b>Vorbereitungsverfahren</b> umbenannt werden.
<b>ZG</b>	Wir begrüßen es auch, dass sich das Verfahren demjenigen der Ehevorbereitung anlehnt.
<b>CH V / Ass. CH</b>	<b>Bezeichnung „Vorverfahren“</b> Einleitend stellen wir fest, dass die Bezeichnung „Vorverfahren“ unglücklich gewählt ist. Niemand weiss, was man sich darunter vorstellen soll. Wir machen den Vorschlag statt „Vorverfahren“ den Ausdruck „ <b>Vorbereitungsverfahren</b> “ zu wählen.
	<b>Art. 75a</b>
<b>BE</b>	Artikel 75 a regelt u.a. die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorbereitungsverfahrens, wenn Partnerinnen oder Partner im Ausland wohnen. Dies gilt nur, wenn einer der beiden oder beide Partnerinnen oder Partner das Schweizerische Bürgerrecht besitzen. Da die ZStV zu einem wesentlichen Teil auch von Nichtjuristinnen oder Nichtjuristen angewendet wird, schlagen wir vor, die Unmöglichkeit der Eintragung von Partnerinnen oder Partner ohne Wohnsicht und Bürgerrecht in der Schweiz zu erwähnen.
<b>GR</b>	<b>Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b> Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert. Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.

<p><b>TI</b></p>	<p><b><u>Art. 75a, cpv. 1, let. b</u></b></p> <p>Il commento specifica chiaramente che l'applicazione dell'art. 43, cpv. 2 LDIP non è estesa al caso dell'unione domestica registrata. Visto che all'ordinanza sullo stato civile accedono spesso anche persone sprovviste di una formazione giuridica approfondita, è opportuno completare la frase, ad esempio nella forma seguente:  b. all'ufficio dello stato civile che effettua la registrazione dell'unione domestica, se i due partner sono domiciliati all'estero <b>e semprechè perlomeno uno di loro possieda la nazionalità svizzera .</b></p>
<p><b>ZH</b></p>	<p><b>Art. 75a Abs. 1 Bst. b</b></p> <p>Da nur im Ausland wohnhafte Schweizer Bürger in der Schweiz eine Partnerschaft begründen können, empfiehlt sich eine Klarstellung, dass keine „Touristenpartnerschaften“ von reinen Ausländerpaaren eingetragen werden können.</p> <p><b>Abs. 3</b></p> <p>Richtige Schreibweise Zivilstandsbeamter (nicht Zivilstandsbemater)</p>
<p><b>KAZ / CEC</b></p>	<p>Art. 75 a regelt u.a. die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens, wenn Partnerinnen oder Partner im Ausland wohnen. Dies gilt nur, wenn einer der beiden oder beide Partnerinnen oder Partner das Schweizerische Bürgerrecht besitzen. Da die ZStV zu einem wesentlichen Teil auch von Nichtjuristen angewendet wird, schlagen wir vor, die Unmöglichkeit der Eintragung von Partnerinnen oder Partnern ohne Wohnsitz und Bürgerrecht in der Schweiz zu erwähnen.</p>
<p><b>CH V / Ass. CH</b></p>	<p><b><u>Art. 75 a Abs. 3:</u></b>  Orthographischer Fehler: ➔ der Zivilstandsbeamte</p>

	<b>Art. 75b</b>
<b>FR</b>	<p>3. Nous attirons l'attention de l'autorité fédérale sur le risque que l'institution du partenariat enregistré soit utilisée à des fins qui ne répondent pas au but de l'institution, qui est de créer une communauté de partenariat entre deux personnes de même sexe. A cet égard, il faut relever que les conditions de dissolution d'un partenariat sont plus souples que pour la dissolution d'un mariage. Nous insistons sur l'impérieuses nécessité que les demandes d'enregistrement d'un partenariat impliquant une personne établie à l'étranger passe obligatoirement par le biais de nos représentations diplomatiques sur place.</p>
<b>GR</b>	<p><b>Art. 75b Abs. 2</b>          In Art. 63 Abs. 2, Art. 69 Abs. 3 und Art. 75h Abs. 2 wird die Formulierung der "zuständigen Vertretung der Schweiz " und in Art. 75b Abs. 2 diejenige der "zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Schweiz" verwendet. Eine einheitliche Formulierung wäre wünschenswert.</p>
<b>TI</b>	<p><b><u>Art. 75b, cpv. 2</u></b>          Già nell'ambito delle procedure preparatorie al matrimonio (art. 63 OSC) la formulazione "soggiornanti all'estero" ha creato inutili discussioni e malintesi. Con l'entrata in vigore, il 1. gennaio 2000, della nuova procedura preparatoria al matrimonio, è stato introdotto un coinvolgimento decisionale diretto dell'ufficiale dello stato civile che prepara il matrimonio; ciò implica di principio una presenza fisica diretta dei fidanzati innanzi all'ufficiale dello stato civile che assume le decisioni sull'avanzamento della procedura preparatoria. Così non è ad esempio ammesso che lo studente universitario domiciliato in Ticino, ma residente in settimana oltralpe per motivi di studio, sottoscriva il modulo 35 innanzi all'ufficiale dello stato civile del suo luogo di soggiorno. Troviamo quindi una disparità nell'ammettere che chi soggiorna all'estero senza un vincolo di residenza di una certa intensità, possa pretendere di sottoscrivere i moduli di una procedura preparatoria al matrimonio o in vista di un'unione domestica registrata all'estero.          Proponiamo quindi di sostituire il termine "soggiornanti all'estero" con "dimoranti abitualmente all'estero". Analoga modifica dovrebbe essere apportata all'art. 63, cfr. 2.</p>

<b>VD</b>	<p>S'agissant des dispositions prévues au sujet du partenariat enregistré, nous voudrions essentiellement mettre l'accent sur la procédure préliminaire qui est prévue pour le <b>dépôt de la demande de partenariat enregistré (art. 75 b OEC nouveau)</b>, dans le sens où cette disposition doit être complétée.</p> <p>En effet, la procédure suivie à l'article 75 b de l'ordonnance de l'état civil est similaire à celle prévue actuellement à l'article 63 OEC pour le dépôt de la procédure préparatoire de mariage. L'article 75 b al. 2 OEC rappelle que les formalités en vue de l'enregistrement "peuvent" être effectuées par l'intermédiaire de la représentation suisse compétente, en cas de résidence à l'étranger.</p> <p>Or, on constate que l'article 63 al. 2 OEC ne donne pas vraiment satisfaction dans le cadre des formalités de mariage, car cette disposition n'a pas de caractère obligatoire et laisse aux fiancés étrangers qui sont domiciliés à l'étranger la possibilité de déposer une demande de mariage directement en Suisse, et ce même si ces derniers vivent en Suisse comme clandestins et/ou sont sans statut légal en Suisse (par exemple, parce qu'ils ne disposent pas de titre de séjour ou de visa d'entrée valables).</p> <p>Dans leur pratique quotidienne, les officiers de l'état civil de notre canton ainsi que l'autorité de surveillance ont constaté que les formalités de mariage concernent de plus en plus de fiancés étrangers vivant en Suisse en séjour illégal. Compte tenu des expériences faites dans ces dossiers mettant en cause ces ressortissants étrangers sans statut légal, on peut déjà prévoir que, avec l'introduction de la loi fédérale sur le partenariat enregistré, les procédures préliminaires de partenariat enregistré vont se multiplier avec également des partenaires sans titre de séjour ou en séjour illégal. De ce point de vue, les procédures préliminaires de partenariat enregistré ouvertes en Suisse dès l'année prochaine vont compliquer la tâche des officiers de l'état civil et leur poser de grandes difficultés dans leur activité quotidienne.</p> <p>Dans le cadre des formalités de mariages, un refus d'entrer en matière fondé sur l'article 2 al. 2 du Code civil suisse serait possible dans un très grand nombre de cas où des fiancés étrangers en séjour irrégulier et sans statut légal entreprennent des formalités de mariage dans notre pays. Les officiers de l'état civil ont l'occasion d'observer fréquemment lors des formalités de mariage des couples qui n'ont pas de véritable intention, objective et subjective, de former une union conjugale. Ils sont unanimes à faire état de ces situations et ce qui leur semble le plus choquant réside dans l'impossibilité de réagir contre les abus du droit au mariage, en raison de l'absence de base légale suffisante, alors que les abus sont clairement identifiés par eux lors de la procédure préparatoire.</p> <p>Ainsi, selon les constatations qu'ils rapportent, des faits avérés ainsi que des éléments concrets, objectifs et subjectifs, d'abus au droit au mariage sont très souvent établis lors des entretiens qui ont lieu au cours des procédures préparatoires de mariage. Parmi les éléments que les officiers constatent comme étant des faits concrets constitutifs d'abus au droit du mariage, on peut notamment citer l'impossibilité pour les fiancés de communiquer entre eux (pas de langue commune ou absence de compréhension réciproque), la présence de l'un des fiancés en séjour illégal ou irrégulier, la (très) grande différence d'âge, les déclarations contradictoires des fiancés sur la manière de se rencontrer ou encore sur le vécu de leur partenaire, l'obtention</p>
-----------	---

d'avantages particuliers ou de somme d'argent en échange du mariage, l'appartenance de l'un des fiancés à un groupe social marginal (alcoolisme, toxicomanie, prostitution, etc.), les contraintes ou pressions subies par l'un des fiancés en raison de son jeune âge ou d'un état de dépendance, etc. Toutefois, dans l'état de la législation actuelle, compte tenu de la difficulté de rapporter la preuve d'un abus de droit au sens de l'art. 2 al. 2 CC, les officiers de l'état civil renoncent systématiquement à utiliser cette disposition et procèdent tout de même à la célébration de tels mariages, quand bien même de forts indices leur laissent soupçonner qu'il s'agit de mariages douteux et de complaisance.

Le cercle des personnes abusant du droit du mariage a aussi pu être clairement identifié. On constate ainsi que seules certaines catégories de personnes entreprennent régulièrement des formalités de mariage dans le but d'éluider les prescriptions du droit des étrangers en matière d'admission et de séjour. Il s'agit en particulier :

- des fiancés étrangers qui, sans autorisation ni titre de séjour, vivent clandestinement en Suisse et/ou qui ne se sont jamais annoncés aux autorités de police des étrangers;
- des fiancés qui bénéficient d'une tolérance de séjour sur le territoire de notre canton (par exemple, lorsque la demande d'autorisation de séjour est en cours d'examen ou lorsque le renvoi de l'étranger est matériellement impossible, illicite ou inexigible après une décision de refus et de renvoi);
- des fiancés étrangers restés en Suisse à l'échéance de leur visa d'entrée ou malgré un refus d'autorisation de séjour ou une demande d'asile rejetée avec décision de renvoi ou d'expulsion;
- des fiancés étrangers entrés en Suisse en violation d'une interdiction d'entrée (IES) prononcée par l'Office fédéral des migrations;
- des fiancés étrangers entrés en Suisse au mépris d'une mesure d'expulsion judiciaire ferme et exécutoire.

Or, dans ce domaine, la problématique du partenariat enregistré de complaisance est identique à celle des mariages fictifs.

Dès l'année prochaine, avec l'introduction de la loi fédérale sur le partenariat enregistré, les procédures fictives de partenariat enregistré vont inévitablement s'accroître. Il sera en effet moins contraignant, plus simple et plus facile pour une personne - les femmes notamment - de trouver un partenaire fictif du même sexe avec lequel il sera possible de s'établir et de se faire enregistrer par un partenariat plutôt que de trouver un partenaire de sexe opposé en vue de contracter mariage.

Il **apparaît dès lors absolument nécessaire** d'introduire dans l'ordonnance sur l'état civil un nouvel alinéa 3 à l'article 75 b, dont la teneur pourrait être la suivante :

**" 3 Les partenaires étrangers, sans domicile légal en Suisse ou ne disposant pas de titre de séjour ou de visa valables, doivent présenter leur demande par l'entremise de la représentation compétente de la Suisse à l'étranger"**

Le fait d'introduire une telle disposition, qui reste une règle de procédure, ne saurait porter atteinte au droit des partenaires à se

	<p>faire enregistrer par le biais d'un partenariat, ceux-ci ayant toujours la possibilité pour les partenaires étrangers sans statut en Suisse d'entreprendre des formalités depuis leur domicile à l'étranger. Cette règle ne va d'ailleurs pas à l'encontre ou au-delà du cadre légal fixé par la loi sur le partenariat enregistré, ce d'autant plus que les partenaires ne bénéficient pas, comme c'est le cas pour le mariage (art. 14 Cst. Féd.), d'une quelconque protection constitutionnelle.</p> <p>En prévoyant dans l'ordonnance sur l'état civil l'obligation de démontrer la légitimité du séjour en Suisse du partenaire étranger, il sera ainsi possible d'empêcher les personnes séjournant illégalement dans notre pays de se soustraire par le partenariat à l'obligation de quitter le pays alors qu'ils y sont obligés.</p> <p>"<b>Mutatis mutandi</b>", il conviendrait aussi, dans le cadre de la procédure de dépôt de la demande de mariage, de compléter l'article 63 de l'ordonnance sur l'état civil en ajoutant à cette disposition un alinéa 3, qui comporterait une obligation identique à celle préconisée ci-dessus pour le dépôt d'une demande de partenariat enregistré.</p> <p>L'introduction d'une disposition légale de ce type dans l'ordonnance fédérale sur l'état civil faciliterait la tâche des autorités de l'état civil dans la lutte contre les mariages de complaisance, respectivement dans celle contre les partenariats enregistrés fictifs. Dès lors, nous proposons d'introduire ce principe dans la législation fédérale lors de la prochaine révision de l'ordonnance sur l'état civil.</p>
CH V / Ass. CH	<p><b>Art. 75 b:</b> Wir schlagen hier vor, die Unmöglichkeit der Eintragung der Partnerschaft, wenn kein direkter Bezug zur Schweiz besteht (Bürgerrecht oder Wohnsitz).</p>
	<b>Art. 75c</b>
GR	<p><b>Art. 75c Abs. 2</b> Entsprechend Art. 64 Abs. 2 ist die "gesetzliche Vertreterin" ebenfalls zu erwähnen.</p>
ZH	<p><b>Art. 75c Abs. 2 und Art. 75e Abs. 2 Bst. c</b> Anpassung an die Formulierung des Ehevorbereitungsverfahrens (Art. 64 Abs. 2 ZStV) „<b>der gesetzliche Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters</b>“.</p>
CH V / Ass. CH	<p><b>Art. 75 c Abs. 2</b> Es sollte heissen: Entmündigte legen zusätzlich die schriftliche Einwilligungserklärung <b>der gesetzlichen Vertreterin bzw. des gesetzlichen Vertreters</b> bei.</p>

	<b>Art. 75d</b>
CH V / Ass. CH	<p><u>Französische Version</u>  <b>Art. 75d, Abs. lit d</b>                  Es sollte lauten: ... ne pas avoir contracté <b>de mariage ou de partenariat</b> enregistré antérieurs non dissous, da in der Verordnung immer zuerst die Ehe erwähnt ist</p>
	<b>Art. 75e</b>
GR	<p><b>Art. 75e Abs. 2 lit. C</b>                  vgl. Bemerkung zu Art. 75c Abs. 2.  <b>(Art. 75c Abs. 2</b>                  Entsprechend Art. 64 Abs. 2 ist die "gesetzliche Vertreterin" ebenfalls zu erwähnen.)</p>
ZG	Hier müsste auch auf die Wichtigkeit der Identitätsprüfung der zu beurkundenden Personen speziell aufmerksam gemacht werden.
ZH	<p><b>Art. 75c Abs. 2 und Art. 75e Abs. 2 Bst. c</b>                  Anpassung an die Formulierung des Ehevorbereitungsverfahrens (Art. 64 Abs. 2 ZStV) „<b>der gesetzliche Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters</b>“.</p>
CH V / Ass. CH	<p><b>Art. 75 e Abs. 2 lit.c</b>                  Orthographischer Fehler: ➔ durch Verwandtschaft</p> <p><u>Französische Version</u>  <b>Art. 75 e, Abs. 1, lit c</b>                  Auch hier sollte es lauten: ... ou à l'existence <b>d'un mariage ou d'un partenariat</b> antérieur non dissous.</p>

	<b>Art. 75f</b>
<b>BE</b>	Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.
<b>GR</b>	<p><b>Art. 75f Abs. 2 und 3</b>  vgl. Art. 67 und Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3.  <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b>  Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert.</p> <p>Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)</p>
<b>ZH</b>	Grundsätzlich können wir uns mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklären, erlauben uns jedoch den Hinweis darauf, dass für die frei Wahl des Ortes für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft eine gesetzliche Grundlage im PartG fehlt, bzw. im Vorfeld der Abstimmung die ausschliessliche Registrierung am Wohnort der Partner ausdrücklich als eine der Differenzen zum Eheschliessungsrecht genannt wurde (siehe Medienmitteilung 2005 Presserohstoff des EJPD, „Ehe und eingetragene Partnerschaft: Unterschiede und Gemeinsamkeiten“).
<b>ZH</b>	<p><b>Art. 75f Abs. 2</b>  Diese Absatz soll - gestützt auf die Erläuterungen des Bundes im Vorfeld der Abstimmung - nur als Ausnahmebestimmung ausformuliert sein (z.B. bei Krankheit, Wegzug, Gefängnisaufenthalt).</p>
<b>KAZ / CEC</b>	Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.
<b>Fels</b>	<p><b>1. Zuständiges Zivilstandsamt</b>  Wir begrüßen die Lösung des Entwurfs, wonach die Eintragung der Partnerschaft ebenso wie der Eheschluss in jenem Zivilstandsamt erfolgen kann, das die Partnerinnen bzw. Partner gewählt haben (Art. 75f Abs. 2 und Art. 75i des Entwurfs). Dass</p>

	das Gesetz – anders als bei Ehepaaren – zumindest bei einem Partner bzw. einer Partnerin den Wohnsitz in der Schweiz oder das Schweizer Bürgerrecht voraussetzt, würde keine unterschiedliche Regelung rechtfertigen, da die gesetzliche Einschränkung einzig dazu dienen soll, einen «Eintragungstourismus» von Personen ohne Bezug zur Schweiz zu verhindern. Gleichgeschlechtliche Paare können sogar ein besonderes Interesse haben, die Eintragung nicht an ihrem Wohnort vornehmen zu lassen, nämlich wenn sie dort Anfeindungen oder Aufsehen befürchten.
<b>LOS / PINK CROSS</b>	<p><b>1. Zuständiges Zivilstandsamt</b></p> <p>Wir begrüßen die Lösung des Entwurfs, wonach die Eintragung der Partnerschaft ebenso wie der Eheschluss in jenem Zivilstandsamt erfolgen kann, das die Partnerinnen bzw. Partner gewählt haben (Art. 75f Abs. 2 und Art. 75i des Entwurfs). Dass das Gesetz – anders als bei Ehepaaren – zumindest bei einem Partner bzw. einer Partnerin den Wohnsitz in der Schweiz oder das Schweizer Bürgerrecht voraussetzt, würde keine unterschiedliche Regelung rechtfertigen, da die gesetzliche Einschränkung einzig dazu dienen soll, einen «Eintragungstourismus» von Personen ohne Bezug zur Schweiz zu verhindern. Gleichgeschlechtliche Paare können sogar ein besonderes Interesse haben, die Eintragung nicht an ihrem Wohnort vornehmen zu lassen, nämlich wenn sie dort Anfeindungen oder Aufsehen befürchten.</p>
	<b>Art. 75g</b>
<b>AG</b>	<p>Wenn die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft nicht unmittelbar nach Mitteilung des Entscheids über das positive Ergebnis des Vorverfahrens stattfindet, muss die Mitteilung des Entscheids über das positive Ergebnis des Vorverfahrens <i>schriftlich</i> stattfinden. Der Beginn der Frist von 3 Monaten muss abgesichert (beweisbar) sein.</p> <p>Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft unmittelbar nach Abschluss des Vorverfahrens stattfinden kann. Eine letzte Bedenkfrist von 10 Tagen wie bei der Eheschliessung lehnen wir ab. Als Anliegen im Hinblick auf eine künftige Revision des ZGB deponieren wir schon heute, dass die Wartefrist von 10 Tagen gemäss Art. 100 Abs. 1 ZGB ersatzlos aufgehoben werden sollte. Die mündige Bürgerin / der mündige Bürger braucht diesen "Schutz" nicht.</p>
<b>BE</b>	<p>Der Artikel 75 g sollte wie folgt ergänzt werden:</p> <p><i>Die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft kann unmittelbar nach Mitteilung des Entscheids über das positive Ergebnis des Vorbereitungsverfahrens stattfinden, <b>falls nicht weitergehende organisatorische Einzelheiten zu regeln sind</b>; sie muss jedoch spätestens drei Monate nach diesem Entscheid erfolgen.</i></p> <p>Soll die Beurkundung mit Gästen und/oder nicht im Büro des Zivilstandsamtes stattfinden, wird damit ein organisatorischer Spielraum für das Zivilstandsamt geschaffen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Eintragung von gleichgeschlechtlichen Paaren wird aus unserer Sicht richtigerweise darauf verzichtet, zwischen dem Abschluss des Vorbereitungsverfahrens und der Eintragung eine gesetzliche Bedenkfrist vorzusehen. Aufgrund</p>

	der Tatsache, dass der Vollzug von Vorbereitung und Beurkundung sowie Trauung und Eintragung sehr ähnlich sind, sind bei nächster sich bietender Gelegenheit die Art. 100 und Art. 102 ZGB zu revidieren. Analog dem Vorbereitungsverfahrens der eingetragenen Partnerschaft soll auf die Bedenkfrist von 10 Tagen und den Beizug von zwei mündigen und urteilsfähigen Zeuginnen oder Zeugen ersatzlos verzichtet werden.
<b>BS</b>	Die Beurkundung der Partnerschaft soll ohne Wartefrist also sofort mit der Anmeldung erfolgen können. Es ist auch mit dem Hinweis auf ZGB 100 nicht einzusehen, weshalb für die Trauung eine Warte-/Bedenkfrist bestehen soll, nicht jedoch für die Beurkundung der Partnerschaft. Beide Institute haben die ähnliche weit reichende Bedeutung und eine überstürzte Beurkundung sollte vermieden werden. Entweder gilt die Frist von 10 Tagen für die Eheschliessung <i>und</i> die Beurkundung der Partnerschaft oder sie muss auch für die Eheschliessung beseitigt werden.
<b>GR</b>	<p><b>Art. 75g</b> vgl. Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3. <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b></p> <p>Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert.</p> <p>Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)</p>
<b>SZ</b>	Als schwer verständlich und ungleich fristenfreundlicher behandelt gegenüber der Ehe wird aber empfunden, dass die Partnerschaft sofort nach Abschluss des Vorverfahrens beurkundet und eingetragen werden kann. Diese Divergenz zum Eheschliessungsverfahren erscheint nicht nachvollziehbar, umso mehr als der Gesetzgeber im Kerngedanken von einer Angleichung zwischen Ehe und Partnerschaft ausgeht. Inwieweit überhaupt an der Wartefrist bei Eheschliessungen festgehalten werden soll, ist damit überdies in Frage zu stellen. Einer Gleichstellung sollte Rechnung getragen werden.
<b>TI</b>	<p>si crea con questa disposizione una disparità di trattamento rispetto a quanto previsto dall'art. 68 OSC per i matrimoni, rispettivamente dall'art. 100 CCS.</p> <p>Riteniamo preferibile la soluzione ora proposta per l'unione domestica registrata, ossia quella che non prevede il termine d'attesa di 10 giorni. Per parità di trattamento occorrerebbe comunque uniformare in tal modo la disposizione anche per il matrimonio.</p>
<b>ZG</b>	Um der Wichtigkeit der Beurkundung bewusst zu werden, sollte den Parteien wie beim Ehevorbereitungsverfahren die Wartefrist von 10 Tagen auferlegt werden.

ZH	Die Beibehaltung der zehntägigen Sperrfrist führt zu einer Benachteiligung von Eheschliessungswilligen gegenüber den gleichgeschlechtlichen Paaren, welche die Partnerschaft unmittelbar nach positivem Feststellungsentscheid beurkunden lassen können. Wir regen an die Sperrfrist im ZGB bei nächster sich bietender Gelegenheit zu streichen.
KAZ / CEC	Im Zusammenhang mit der Eintragung von gleichgeschlechtlichen Paaren wird aus unserer Sicht richtigerweise darauf verzichtet, zwischen dem Abschluss des Vorverfahrens und der Eintragung eine gesetzliche Bedenkfrist vorzusehen. Aufgrund der Tatsache, dass der Vollzug von Vorbereitung und Beurkundung sowie Trauung und Eintragung sehr ähnlich sind, ist bei nächster sich bietender Gelegenheit Art. 100 ZGB zu revidieren. Analog dem Vorverfahren der eingetragenen Partnerschaft soll auf die Bedenkfrist von 10 Tagen ersatzlos verzichtet werden.
CH V / Ass. CH	<b>Ergänzung:</b> Richtigerweise wird darauf verzichtet, eine gesetzliche Bedenkfrist vorzusehen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass dadurch gegenüber der Trauung eine Rechtsungleichheit entsteht.
	<b>Art. 75h</b>
	-----
	<b>2. Abs.: Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft / Sect.2 Enregistrement du partenariat / Sez. 2: Registrazione dell'unione domestica</b>
GR	<b>Titel des 2. Abschnitts</b> vgl. Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3. <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b> Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert. Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)

<p><b>ZA</b> <b>Vorderprätagau</b> <b>GR</b></p>	<p>Beim Lesen dieser revidierten Bestimmungen der ZStV entsteht der Eindruck, dass die Bedeutung des Begriffes „Beurkundung“, wie er in Art. 7 und 28 der ZStV vom 28. April 2004 umschrieben ist, in eine ganz neue – oder vielmehr wieder in die alte, im Vor-Infostar-Zeitalter gebräuchliche – Richtung gelenkt wird.</p> <p>Art. 7 umschreibt den „Gegenstand der Beurkundung“. Art. 28 definiert dann ganz klar, was mit „rechtsgültiger Beurkundung“ gemeint ist, nämlich die „Funktion des Abschliessens“ in Infostar.</p> <p>Die Verwendung des Begriffes „Beurkundung“ in den neuen Artikeln im Zusammenhang mit der eingetragenen Partnerschaft setzt die Vorstellung voraus, dass mit „Beurkundung“ das Unterschreiben der Dokumente gemeint ist, worauf dann – wie das früher üblich war – die Eintragung ins Register erfolgt. Als Beispiel sei hier der neue Art. 21bis zitiert: <i>„Die Eintragung der Partnerschaft wird im Zivilstandskreis vorgenommen, in dem sie beurkundet worden ist.“</i></p> <p>Diese begriffliche Vermischung sollte unbedingt vermieden werden. Im Kapitel 7, in dem Vorbereitung der Eheschliessung und die Trauung umschrieben ist, wird übrigens der Begriff „Beurkundung“ konsequent <b>nicht</b> verwendet! – Um der sprachlichen Klarheit willen schlage ich vor, in den neuen Artikeln an Stelle des Begriffes „Beurkundung“ den Begriff „<b>Eintragung</b>“ bzw. „<b>Abgabe der Erklärung</b>“ zu verwenden. An einzelnen Stellen muss die Umschreibung angepasst werden.</p>
<p><b>AG</b></p>	<p><b>Art. 75i</b></p> <p>Der Begriff "Räumlichkeiten" bei der Beurkundung der Partnerschaft erweckt den Eindruck grösserer Freiheit als der Begriff "Lokal" bei der Trauung. Diesen Eindruck gilt es zu vermeiden. Sonst reklamieren Brautpaare für sich ebenfalls mehr Freiheiten in der Auswahl der "Räumlichkeiten". Weshalb überhaupt die Mehrzahl? Bezeichnenderweise erscheint dann im Absatz 2 am Ende doch wieder der Begriff "Lokal". – Wenn der Gesetzgeber mit der Verwendung des Begriffs "Räumlichkeiten" aber tatsächlich mehr Freiheiten einräumen wollte, dann ist die Aussage von Absatz 2 fraglich. Der Unterschied liegt dann nur noch bei "geeignet". Absatz 2 enthielte dann die Aussage, wenn die Partnerinnen oder Partner nachweisen, dass es für sie offensichtlich unzumutbar ist, sich in die <i>geeigneten</i> Räumlichkeiten zu begeben, so kann die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Beurkundung auch in einem <i>ungeeigneten</i> Lokal durchführen. Ist das die Meinung?</p>
<p><b>BE</b></p>	<p>Wir begrüssen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.</p>
<p><b>BL</b></p>	<p>Die gewählte Formulierung "in geeigneten Räumlichkeiten" erachten wir als nicht sehr glücklich gewählt. Sie ist insbesondere auch unklar, d.h. ohne die Kommentierung dieser Bestimmung ist nicht ersichtlich, was unter geeigneten Räumlichkeiten zu verstehen ist.</p> <p>Zum besseren Verständnis dieser Bestimmung regen wir an, als Ort der Beurkundung die Räumlichkeiten für Trauungen ausdrücklich zu nennen, und zwar sofern dieser Ort als Beurkundungsort von den Partnerinnen bzw. Partnern gewünscht wird. In</p>

	<p>unserem Zivilstandsdekret schlagen wir folgende Formulierung vor:  <i>"Beurkundungen der eingetragenen Partnerschaft finden auf Wunsch der beiden Partnerinnen oder beiden Partner in dem vom Kanton oder von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten für Trauungen statt".</i>          Mit dieser Formulierung steht die Beurkundung auch in den Büroräumlichkeiten des Zivilstandsamtes offen.</p>
<p>FR</p>	<p>3. La solution retenue pour le lieu de l'enregistrement des partenariats nous satisfait. En effet, il nous semble pertinent de parler de « local approprié » et de ne pas avoir prévu que ces enregistrements aient lieu dans les salles de mariage. Cette distinction de lieux permet de clairement poser qu'il s'agit de deux institutions différentes et évite les confusions inutiles. Considérer que nous sommes en présences de deux institutions différentes a d'ailleurs été un des arguments qui a été constamment mis en exergue lors du débat politique et de la campagne en vue de la votation. La solution retenue est donc pertinente.</p> <p>4. Pour des raisons d'organisation, nous pensons qu'il serait toutefois utile de laisser la porte ouverte à des regroupements de ces « locaux appropriés » respectivement de laisser la porte ouverte à ce que des cantons puissent désigner un arrondissement compétent pour enregistrer les partenariats sur l'ensemble de leur territoire cantonal. Pour ce motif, nous proposons de formuler deux dispositions du projet de la manière suivante :</p> <p><i>Art. 21</i>  <sup>1bis</sup> <i>Les partenariats sont enregistrés dans l'arrondissement de l'état civil où ils ont été conclus. Toutefois, les cantons peuvent désigner un arrondissement de l'état civil compétent pour l'enregistrement des partenariats sur l'ensemble de leur territoire cantonal.</i></p> <p><i>Art. 75i</i>  <sup>1</sup> <i>Les mesures d'organisation des cantons sont réservées (art. 21).</i></p>
<p>GR</p>	<p><b>Art. 75i Abs. 1 und 2</b>          vgl. Art. 70 und Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3.  <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b>          Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert.          Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet</p>

	werden kann.)
VD	D'une manière générale, la réglementation proposée est bien acceptée et donne satisfaction. Elle confère aux cantons une certaine marge de manoeuvre en leur permettant de tenir compte des usages et des spécificités locales propres. Ainsi, à titre d'exemple, la solution fédérale préconisée à l'article 75 i laisse aux cantons la liberté de définir le lieu dans lequel le partenariat entre personne de même sexe doit être enregistré dans la mesure où ce lieu doit correspondre à un "local approprié" situé dans l'arrondissement de l'état civil choisi par les partenaires.
ZH	<b>Art. 75i Abs. 1</b> Dieser Absatz soll an die vorgeschlagene neue Formulierung von Art. 75f Abs. 2 angepasst werden (Grundsätzlich Registrierung am Wohnort).
CH V / Ass. CH	Mit Freude stellen wir fest, dass die Beurkundung der Partnerschaft „in geeigneten Räumlichkeiten“ stattfinden kann. Die Erfahrungen aus dem Kanton Zürich zeigen (insbesondere in den Zentren), dass sich etwa 80% der Paare eine einfache Beurkundung wünschen und das Büro dem Trauzimmer vorziehen
GR V	<u>Sollte heissen:</u> Die Beurkundung der Partnerschaft findet in den von den zuständigen örtlichen Behörden bzw. Ämtern festgelegten, geeigneten Räumlichkeiten des Zivilstandskreises statt, welche die Partnerinnen oder Partner gewählt haben. Die Präzisierung ist wichtig, damit die Partnerinnen oder Partner die Räumlichkeiten nicht selber wählen können. Auch bei der Edheschliessung ist der Ort der Trauung gegeben.
fels	<b>1. Zuständiges Zivilstandsamt</b> Wir begrüssen die Lösung des Entwurfs, wonach die Eintragung der Partnerschaft ebenso wie der Eheschluss in jenem Zivilstandsamt erfolgen kann, das die Partnerinnen bzw. Partner gewählt haben (Art. 75f Abs. 2 und Art. 75i des Entwurfs). Dass das Gesetz – anders als bei Ehepaaren – zumindest bei einem Partner bzw. einer Partnerin den Wohnsitz in der Schweiz oder das Schweizer Bürgerrecht voraussetzt, würde keine unterschiedliche Regelung rechtfertigen, da die gesetzliche Einschränkung einzig dazu dienen soll, einen «Eintragungstourismus» von Personen ohne Bezug zur Schweiz zu verhindern. Gleichgeschlechtliche Paare können sogar ein besonderes Interesse haben, die Eintragung nicht an ihrem Wohnort vornehmen zu lassen, nämlich wenn sie dort Anfeindungen oder Aufsehen befürchten. <b>2. Eintragungslokal</b> Art. 75i Abs. 1 des Entwurfs, wonach die Eintragung in einem geeigneten Raum stattzufinden hat, scheint uns zu wenig konsequent. Wir stimmen mit Ihren Erläuterungen zu Art. 75i überein, dass es diskriminierend wäre, wenn die Eintragungen nicht grundsätzlich im Trauzimmer stattfinden würden. Die Eintragung ist für das jeweilige Paar ebenso bedeutend wie der Eheschluss für ein verschiedengeschlechtliches Paar, weshalb der Rahmen gleich würdig zu sein hat. Das Trauzimmer ist daher der geeignete Ort für die Eintragungen. Eine Überbelastung der Trauzimmer wegen der Eintragungen kann ausgeschlossen werden.

	<p>Würden die Eintragungen generell anderswo vorgenommen, käme dies deshalb einer Herabwürdigung der gleichgeschlechtlichen Paare gleich. Zwar besteht ein im vorliegenden Zusammenhang massgebender Unterschied zwischen Eheschluss und Eintragung darin, dass Letztere direkt im Anschluss an das Vorbereitungsverfahren vorgenommen werden kann. Dies rechtfertigt die vage Formulierung von Art. 75i Abs. 1 des Entwurfs jedoch nicht. Der Bund muss allfälligen Tendenzen zur Diskriminierung mit einer klaren Regelung einen Riegel schieben.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, Art. 75i Abs. 1 wie folgt zu fassen:</p> <p>«Die Eintragung der Partnerschaft findet grundsätzlich im Trauungslokal des Zivilstandskreises statt, den das Paar gewählt hat. Mit dem Einverständnis des Paares kann sie in einem anderen geeigneten Raum erfolgen.»</p>
<p><b>LOS / PINK CROSS</b></p>	<p><b>1. Zuständiges Zivilstandsamt</b></p> <p>Wir begrüßen die Lösung des Entwurfs, wonach die Eintragung der Partnerschaft ebenso wie der Eheschluss in jenem Zivilstandsamt erfolgen kann, das die Partnerinnen bzw. Partner gewählt haben (Art. 75f Abs. 2 und Art. 75i des Entwurfs). Dass das Gesetz – anders als bei Ehepaaren – zumindest bei einem Partner bzw. einer Partnerin den Wohnsitz in der Schweiz oder das Schweizer Bürgerrecht voraussetzt, würde keine unterschiedliche Regelung rechtfertigen, da die gesetzliche Einschränkung einzig dazu dienen soll, einen «Eintragungstourismus» von Personen ohne Bezug zur Schweiz zu verhindern. Gleichgeschlechtliche Paare können sogar ein besonderes Interesse haben, die Eintragung nicht an ihrem Wohnort vornehmen zu lassen, nämlich wenn sie dort Anfeindungen oder Aufsehen befürchten.</p> <p><b>2. Eintragungslokal</b></p> <p>Art. 75i Abs. 1 des Entwurfs, wonach die Eintragung in einem geeigneten Raum stattzufinden hat, scheint uns zu wenig konsequent.</p> <p>Wir stimmen mit Ihren Erläuterungen zu Art. 75i überein, dass es diskriminierend wäre, wenn die Eintragungen nicht grundsätzlich im Trauzimmer stattfinden würden. Die Eintragung ist für das jeweilige Paar ebenso bedeutend wie der Eheschluss für ein verschiedengeschlechtliches Paar, weshalb der Rahmen gleich würdig zu sein hat. Das Trauzimmer ist daher der geeignete Ort für die Eintragungen. Eine Überbelastung der Trauzimmer wegen der Eintragungen kann ausgeschlossen werden. Würden die Eintragungen generell anderswo vorgenommen, käme dies deshalb einer Herabwürdigung der gleichgeschlechtlichen Paare gleich. Zwar besteht ein im vorliegenden Zusammenhang massgebender Unterschied zwischen Eheschluss und Eintragung darin, dass Letztere direkt im Anschluss an das Vorbereitungsverfahren vorgenommen werden kann. Dies rechtfertigt die vage Formulierung von Art. 75i Abs. 1 des Entwurfs jedoch nicht. Der Bund muss allfälligen Tendenzen zur Diskriminierung mit einer klaren Regelung einen Riegel schieben.</p> <p>Wir schlagen deshalb vor, Art. 75i Abs. 1 wie folgt zu fassen:</p> <p>«Die Eintragung der Partnerschaft findet grundsätzlich im Trauungslokal des Zivilstandskreises statt, den das Paar gewählt hat. Mit dem Einverständnis des Paares kann sie in einem anderen geeigneten Raum erfolgen.»</p>

	<b>Art. 75k</b>
<b>BS</b>	Gemäss Entwurf sind anders als bei der Trauung keine Trauzeugen vorgesehen. Wir bedauern dies, da zumindest ein Teil der Paare eine Zeremonie analog der Eheschliessung wünschen wird und dazu gehören eben auch Trauzeugen. Die Verordnung sollte deshalb vorsehen, dass Trauzeugen mitwirken, wenn dies vielleicht auch anders als bei Trauungen fakultativ sein könnte also nur wenn es gewünscht wird. Eine fakultative Mitwirkung kennt das deutsche Recht bereits bei den Trauungen
<b>BE</b>	Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.
<b>GR</b>	<b>Art. 75k Abs. 1 und 2 sowie Marginalie</b> vgl. Art. 71 und Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3. <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b> Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert. Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)
<b>VS</b>	Par contre, nous sommes satisfaits de constater qu'il n'y aura pas d'échange de consentements lors de l'enregistrement d'un partenariat qui ne sera conclu que par les signatures des partenaires.
<b>KAZ / CEC</b>	Wir begrüßen sehr, dass die Partnerinnen oder Partner den Zivilstandskreis der Beurkundung der Partnerschaft frei wählen können und keine einschränkenden Bestimmungen bezüglich Art und Weise der Durchführung der Eintragung bestehen.

	<b>Art. 75 l</b>
<b>GR</b>	<b>Art. 75l</b> vgl. Art. 72 und Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3. Zu erwähnen ist ausserdem, dass in Art. 72 Abs. 3 der Begriff des "Amtsitzes" in Art. 75l Abs. 2 jener des "Sitzes" verwendet wird. Eine einheitliche Begriffsverwendung wäre auch hier wünschenswert. <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b>

	<p>Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert. Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)</p>
CH V / Ass. CH	<p><u>Italienische Version</u>  <b>Art. 75 I, Abs.1</b>                  Bei der italienischen Übersetzung besteht mit dem Wort "<b>cerimonia</b>" für "Beurkundungshandlung/enregistrement" eine <b>begriffliche Unklarheit</b>.</p>
	<p><b>Art. 84 Abs. 3 Bst. a / Art. 84, al. 3, let. a / Art. 84 cpv. 3 lett. a</b></p>
CH V / Ass. CH	<p><u>Französische Version</u>  <b>Art. 84, Abs. 3</b>                  ... de manière autonome: (nicht Punkt)</p>
	<p><b>Art. 89 Abs. 3 Bst. b / Art. 89, al. 3, let. b / Art. 89 cpv. 3 lett. b</b></p>
TI	<p><b><u>Art.89</u></b>                  La modifica della disposizione proposta non si presta a censure riguardo all'adattamento previsto nell'ambito della presente consultazione.                  L'occasione, visto che l'art. 89 nel suo insieme non era stato sottoposto ad una precedente consultazione, ci stimola comunque ad osservare che tale disposizione, che è stata introdotta a brevissima distanza dalla precedente modifica dell'OSC (esecutiva dal 1. luglio 2004) la quale ha imposto ai Cantoni di dotarsi di una specifica norma in tal senso e che ora è già divenuta inapplicabile, è di estremo rigore e quindi suscettibile di creare notevoli difficoltà nella sua applicazione pratica.                  Se è infatti comprensibile che in ambito giudiziario vi sia un grado di esclusione particolarmente elevato, difficilmente si riesce a comprendere come nella pratica regolare di stato civile vi sia la necessità di escludere in modo così restrittivo, in specie per quanto riguarda l'aspetto temporale, le persone interessate.</p>

	<b>Art. 96</b>
<b>GE</b>	<p>Mon département n'a par conséquent pas de proposition de modification à formuler, sous réserve d'une précision concernant l'article 96.</p> <p>En effet, bien qu'il ne soit pas prévu de modifier l'article 96 concernant les mariages célébrés par les membres d'un exécutif communal, il serait souhaitable de préciser clairement que cette faculté est étendue à l'enregistrement des partenariats, conformément au principe "qui peut le plus, peut le moins".</p>
<b>TI</b>	<p>Per tale disposizione non sono proposte modifiche e sollecitiamo l'autorità federale a voler prendere posizione riguardo alla possibilità di estendere la registrazione delle unioni domestiche a membri di un esecutivo comunale.</p> <p>Come noto, nel Ct. Ticino, sindaci e vicesindaci che hanno seguito un apposita formazione e che sono autorizzati dal Consiglio di Stato, possono celebrare i matrimoni nel rispettivo comune di nomina.</p> <p>I membri di un esecutivo comunale possono solamente effettuare la cerimonia, non dispongono di nessun diritto di accesso ad Infostar e non firmano documenti, ad eccezione della "Conferma di matrimonio (modulo 3.0.2)" all'atto della celebrazione.</p> <p>Ci chiediamo se estendere ai membri di un esecutivo comunale la facoltà di registrare le unioni domestiche creerebbe qualche problema giuridico, in particolare per il fatto che l'unione domestica è creata con la registrazione, a differenza della celebrazione del matrimonio che ha effetto con lo scambio vicendevole delle volontà espresse dai fidanzati.</p> <p>D'altra parte, non estendendo a sindaci e vicesindaci la facoltà di attuare la cerimonia di registrazione dell'unione domestica, potrebbe sollevare obiezioni in ordine ad una disparità di trattamento, sia in riferimento al "celebrante", sia riguardo alla località ed alla sala in cui avviene la registrazione dell'unione.</p>
	<b>Anhang (Art. 79) / Annexe (art. 79) / Allegato (art. 79)</b>
<b>AG (2)</b>	<p>Hinsichtlich der Revision der eidg. Zivilstandsverordnung (Vernehmlassungsfrist bis 15.03.2006) erlauben wir uns noch kurzfristig eine Eingabe per Mail zuzustellen:</p> <p>In der einleitenden Bemerkungen vor dem 1. Kapitel der kommentierten Zivilstandsverordnung vom 28.04.2004 steht geschrieben:</p> <p>Die Schnittstellen für die Zugriffe im Abrufverfahren zur Ausstellung der Ausweise der Schweizer Staatsangehörigen, zur Führung des automatisierten Fahndungssystems und des automatisierten Strafregisters sowie zur Nachforschung nach vermissten Personen werden in einer ersten Ausbautetappe von „Infostar“ eingerichtet (Art. 43a Abs. 4 ZGB in der vom Parlament am</p>

5.10.2001 beschlossenen Fassung). Dazu werden ergänzende Vollzugsbestimmungen in der neuen Zivilstandsverordnung nötig sein.

Aufgrund dieser Anmerkung beantragen wir die Anpassung (Ergänzung) der Zugriffsrechte, Anhang (Art. 79), auf Seite 53 der kommentierten Version, und Seite 34,35 der ordentlichen ZStV wie folgt (rot):

**Zugriffsrechte**

Datenfeldnamen	Zugriffsberechtigte Stellen / Neu						
	ZA UP	ZA SB	KAB	EAZW	ISA/Pass	Strafreg.	BFS
<b>1. Systemdaten</b>							
1.1 Systemnummer	A	A	A	A		A	A
1.2 Eintragungsart	U	E	A	A		A	A
1.3							
1.4 etc.							

Die Aufführung weiterer zugriffsberechtigter Stellen ist ebenfalls zu überprüfen (z.B. Fandung, vermisste Personen).

	<b>ZStGV / OEEC / OESC</b>
<b>ZA Vorderprätagau GR</b>	Im Gebührentarif wird – von Ausnahmen abgesehen – der Begriff „Eintragung der Partnerschaft“ durchwegs angewendet. Ziff 11.17 wäre hier noch anzupassen: Absage oder Verschiebung der <b>Eintragung</b> (allenfalls <b>Erklärung</b> ) ... / Ziff 4.4 ...Vorverfahrens zur <b>Eintragung</b> einer Partnerschaft
	<b>ZStGV Anhang 1 / OEEC, Annexe 1 / OESC Allegato 1</b>
<b>AG</b>	<p><i>Anhang 1 Ziff. 1 neue Position</i> Einmal mehr machen wir darauf aufmerksam, dass eine Gebührenposition für Dokumente auf internationalem Formular aus bisherigen Einzelregistern (Geburt, Tod, Ehe) fehlt. Dieser Mangel ist endlich zu beheben.</p> <p><i>Anhang 1 Ziff. 11.</i> Zur Verdeutlichung, dass es sich auch bei der eingetragenen Partnerschaft um deren Vorbereitung geht, und zur Abgrenzung gegenüber Ziff. 12. sollte der Titel lauten: "<i>Vorbereitung der Eheschliessung und <u>der</u> Eintragung einer Partnerschaft</i>".</p> <p><i>Anhang 1 Ziff. 12. neue Position</i> Es fehlt uns eine Position. Für die Trauung auf Grund einer Trauungsermächtigung und für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft auf Grund einer Eintragungsermächtigung genügen die CHF 50.00 von Ziff. 12.1 bzw. 12.6 nicht. Unsere Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten haben das Bedürfnis, auch bei solchen Trauungen ein Vorgespräch durchzuführen, damit es dann zu einer "anständigen" Zeremonie kommt. Der Zeitaufwand für dieses Vorgespräch kann unter keine andere Ziffer subsumiert werden. Analoges gilt natürlich für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft. Für das "Vor(bereitungs)verfahren" im gewählten Zivilstandskreis sollte auch eine Gebührenposition vorgesehen werden.</p> <p>Wir beantragen, für das "Vor(bereitungs)verfahren" im gewählten Zivilstandskreis eine Gebühr von CHF 50.00 einzuführen.</p> <p><i>Anhang 1 Ziff. 12. neue Position</i> Dann gibt es noch ein weiteres Gebührenanliegen in diesem Zusammenhang. Bei Trauungen, die nicht im ordentlichen Trauungsort, sondern in einem anderen Trauungsort, zum Beispiel in einem Schloss, stattfinden, entsteht oft ein zusätzlicher organisatorischer Aufwand. Das Trauungsort im "eigenen" Haus hat man im Griff. Hingegen den besonderen Saal im entfernten</p>

	<p>Schloss nicht unbedingt. Es muss mit einigen Telefonaten und E-Mails sichergestellt werden, dass dann im richtigen Zeitpunkt alles bereit ist. Wir haben festgestellt, dass ein ausserkantonales Zivilstandsamt für diese Organisationsarbeiten einen "Koordinationsaufwand" von CHF 50.00 eingeführt hat. Obwohl wir die materielle Berechtigung einer solchen Gebühr anerkennen, ist uns schleierhaft, worauf dieses ausserkantonale Zivilstandsamt seine "Koordinationsaufwand"-Gebühr stützt.</p> <p>Wir beantragen, für die Organisation einer Trauung ausserhalb des ordentlichen Trauungsorts eine Gebühr von CHF 50.00 einzuführen. Die gleiche Gebühr ist für die Organisation der Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft ausserhalb des ordentlichen für diesen Zweck vorgesehenen Lokals vorzusehen.</p>
<p><b>GR</b></p>	<p><b>Anhang 1</b>          vgl. Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 in Bezug auf Ziff. 5.3, 11.15, 11.17, 12, 12.6, 12.7, 12.8..  <b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b>          Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert.          Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)</p>
<p><b>ZA</b>  <b>Vorderprätingau</b>  <b>GR</b></p>	<p>Ich erlaube mir, eine weitere Anmerkung anzubringen. Sie betrifft den Gebührentarif, hat jedoch mit dem angesprochenen Thema nichts zu tun. Gemäss Anhang 1 zum Gebührentarif, Ziff. 23 können für die Eintreibung nicht bezahlter Gebühren gerade mal Fr. 15.- erhoben werden. – Der Kanton Graubünden hat gemäss kürzlich veröffentlichtem Tarif die Gebühr für die zweite Mahnung bei Fr. 30.- festgesetzt. Wenn der Gebührentarif zur ZStV schon revidiert wird, schlage ich vor, dass auch diese Position nach oben angepasst wird. Damit wäre der Aufwand etwas besser abgegolten, der durch das Mahnwesen entsteht. Eine allzu grosse abschreckende Wirkung auf die säumigen Zahler wird zwar auch ein Betrag von Fr. 30.- kaum haben.</p>

	<p><b>ZStGV Anhang 2 / OEEC, Annexe 2 / OESC Allegato 2</b></p>
<p>ZH</p>	<p>Wir beantragen Ziff 3 betreffend Familienbüchlein streichen.</p> <p>Begründung: Es fehlt heute eine Rechtsgrundlage für die Ausstellung von neuen Familienbüchlein.</p> <p>Wir beantragen die Einfügung einer neuen Ziffer 3 mit folgendem Inhalt:</p> <p>Entscheide über die Anerkennung von ausländischen Urkunden (Art. 32 IPRG; Art. 23 ZStV), welche den normalen Aufwand übersteigen 50 - 500.</p> <p>Begründung: Zunehmende Komplexität im Anerkennungsverfahren von ausländischen Urkunden. z.B. Scheidung im Ausland, mit beklagter Partei, wohnhaft in der Schweiz, führen zur Gewährung des rechtliche Gehörs und je nachdem zu umfangreichem Schriftwechsel mit den Parteien und Zusatzabklärungen. solche Verfahren können rasch einmal 10 und mehr Stunden in Anspruch nehmen. Zudem kommen neue Anerkennungsverfahren mit reiner Ausländerbeteiligung auf die Aufsichtsbehörden zu, wenn Nachbeurkundungen in Infostar von der Aufsichtsbehörde verfügt werden müssen (siehe oben zu Art. 23 ZstV bzw. D 20).</p>
	<p><b>ZStGV Anhang 3 / OEEC, Annexe 3 / OESC Allegato 3</b></p>
<p>AG</p>	<p><i>Anhang 3 Ziff. 4</i></p> <p>Wie in Anhang 1 Ziff. 11. (siehe unsere Bemerkung zu dieser Ziffer) sollte es der Klarheit halber auch hier heissen "<i>Vorbereitung der Eheschliessung und <u>der</u> Eintragung einer Partnerschaft</i>".</p>
<p>GR</p>	<p><b>Anhang 2</b></p> <p>vgl. Bemerkung zu Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 in Bezug auf Ziff. 4, 4.4, 4.5.</p> <p><b>(Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3</b></p> <p>Diese Bestimmung regelt die Zuständigkeit für die Durchführung des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft. Sie entspricht inhaltlich Art. 62. In Art. 62 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 wird der einheitliche Begriff der "Trauung" verwendet. Demgegenüber werden in Art. 75a Abs. 1 lit. b und Abs. 3 die beiden Begriffe der "Eintragung" und der "Beurkundung" aufgeführt. Entsprechend Art. 62 wäre auch in Art. 75a eine einheitliche Begriffsverwendung wünschenswert.</p> <p>Im Sinne von Art. 7 PartG würde die korrekte Formulierung "...die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft..." lauten. Nachdem aber in Art. 5, Art. 16, Art. 21, Art. 51, Art. 57, Art. 75a Abs. 1 lit. b, Art. 84 Abs. 3 lit. a die "Eintragung einer Partnerschaft" die Rede erwähnt wird, ist abzuklären, ob diese Formulierung auch bei der vorliegenden Bestimmung verwendet werden kann.)</p>

CH V / Ass. CH	<b>Gebührenverordnung Anhang III, Ziffer 11.15</b> Es müsste heissen: Entgegennahme der Zustimmung <b>der gesetzlichen Vertreterin bzw.</b> des gesetzlichen Vertreters zur Beurkundung einer Partnerschaft
	<b>ZStGV Anhang 4 / OEEC, Annexe 4 / OESC Allegato 4</b>
	-----
	<b>Weitere Anregungen / Autres propositions / Altre proposte</b>
	<b>Siehe auch Art. 75g / Voir sous art. 75g / Vedi pure art. 75 g</b>
ZH	Ebenso ist dringend Art.30 Abs. 2 ZGB in Art. 160 ZGB zu überführen, weil auch hier eine Ungleichbehandlung der Eheleute in der Namenswahl besteht.
ZH	Auch wenn man heute durchaus von einem professionalisierten Zivilstandsdienst sprechen kann, scheint eine Amtsübergabe beim Wechsel der Leitung des Zivilstandsamtes angezeigt. Nicht nur falsche Beurkundungen (welche aufgrund von Infostar problemlos der fehlbaren Person zugewiesen werden können) sondern unterlassene Beurkundungen und schlechte Organisation (organisatorische Mängel aber auch fehlender Wissenstransfer) können später zu Haftpflichtforderungen gegenüber fehlbaren Beamten führen. Zwar erfolgt eine zentrale Steuerung über die Erteilung und Aufhebung von Zugriffsrechten auf die zentrale Datenbank beim Bund, daraus lassen sich jedoch unterlassenen Beurkundungen und Mitteilungen, welche nicht direkt aus Infostar erfolgen, nicht zuweisen.

DFJP / OFJ / OFEC / MO 2006.03.24

R:\PRIVAT\EAZW\EAZW2\Rev-ZStV-2006\REPONSES des Cantons\A.Tableau évaluation des réponses.doc